

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 6 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes – nachhaltige Stärkung der Schulsozialarbeit		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	

	Vorname	

bei juristischen Personen		
Name		
AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e.V.		
Organisationsform		
eingetragener Verein		
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	***
	Postleitzahl, Ort	***
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	Soproner Straße 1b
Postleitzahl, Ort	99427 Weimar	
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person	
Seit über 25 Jahren schafft unsere Arbeit die Voraussetzungen für ein integriertes Leben in der Gemeinschaft. Unsere Arbeit wird geleitet von den Werten Toleranz, Gleichheit, Solidarität und Mitmenschlichkeit. Diese spiegeln sich in unserer gelebten Unternehmenskultur. Rund 1.160 haupt- und 2.600 ehrenamtliche Mitarbeiter*innen, deren Wünsche, Vorstellungen und Ziele machen die Qualität unserer Arbeit aus – ob in den Bereichen Erziehung, Altenpflege, Beratung oder Verwaltung.		

4.	<p>Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags</p> <p>Wir begrüßen ausdrücklich eine Steigerung der Förderhöhe für Maßnahmen der Schulsozialarbeit im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.</p> <p>Die Gesetzliche Festschreibung der Mindestfördersumme für Schulsozialarbeit ermöglicht den Trägern, Schulen und den umsetzenden Schulsozialarbeiter*innen ein langfristiges und gegenseitig verlässliches Arbeitsverhältnis.</p> <p>Laut der Fachlichen Empfehlung Schulbezogene Jugendsozialarbeit vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gehört zu den Handlungsmaximen der Schulsozialarbeit u.a. der Grundsatz der Beziehungsarbeit und der Grundsatz der Prävention. Beide Maxime sind nur mit langfristiger Planungsmöglichkeit einhaltbar.</p> <p>Wir weisen zudem auf die Planung weiterer finanzieller Mittel, über die Personalkosten hinaus, hin. Eine qualitativ hochwertige Umsetzung der Richtlinie Schulbezogene Jugendsozialarbeit ist zwingend angewiesen auf Mittel für Sachkosten (pädagogisches Etat, Supervision, Fortbildung etc.) und erhöhten Verwaltungsaufwand (z.B. Stunden für die Leitung und Koordinierung von Teams der Schulsozialarbeit).</p>
5.	<p>nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative</p> <p>Anlass der Stellungnahme</p> <p>---</p> <p>Form der Stellungnahme</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> schriftlich <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail</p>
6.	<p>nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers</p> <p>---</p>
7.	<p>Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein</p>

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort Datum Weimar, 8.04.20	Unterschrift
------------------------------	--------------